

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2024/1074/2

Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **stja**

Beitritt zum Bündnis für Demokratie und Menschenrechte - Demokratie stärken Ergänzungsantrag: Die Linke

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Haupt- und Finanzausschuss	14.01.2025	1	Ö	Beratung

Kurzfassung

Auf Grund der aktuellen Finanzlage und erwarteten finanziellen Entwicklung kann eine Ausweitung aus Sicht der Verwaltung nicht erfolgen.
Förderprogramme von Bund oder Land in diesem Themenbereich über „Demokratie leben!“ hinaus stehen derzeit nicht zur Verfügung. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Gegebenenfalls wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input checked="" type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

1. Die Stadt Karlsruhe überprüft die Fachstelle für Demokratie und Vielfalt hinsichtlich der Stellenbeschreibung, der Bedarfe und damit auch im Hinblick auf eine mögliche Aufstockung im Stundensatz bzw. durch Schaffung einer weiteren Stelle.

Die Stellenbeschreibung der Fachstelle für Demokratie und Vielfalt (ehem. „Fachstelle gegen rechts“) beinhaltet Informations- und Bildungsarbeit zum Themenkomplex Demokratiebildung, zu Erinnerungsarbeit, die Organisation von Veranstaltungen und Kooperationsprojekten (z.B. mit dem Lernort Kislau oder dem Anne-Frank-Bildungszentrum) und die Begleitung des „Netzwerks gegen rechts“. Über diese Fachstelle hinaus liegt der Schwerpunkt der Demokratiebildung des Stadtjugendausschusses gemäß dem Grundauftrag in den Kinder- und Jugendeinrichtungen. Dort werden fortlaufend Konzepte weiterentwickelt, neue Ansätze erprobt, um den sich dynamisch ändernden Herausforderungen auch zukünftig erfolgreich und adäquat zu begegnen. Hier könnte durchaus auch Bedarf in der Zukunft entstehen. Bisher konnte dies innerhalb des stja abgedeckt werden. Eine Ausweitung der Fachstelle ist aus der Sicht des stja, derzeit nicht erforderlich.

2. Die Stadt Karlsruhe prüft, inwieweit Aufgaben, die bisher vom regionalen Demokratiezentrum übernommen wurden, in Zukunft anderweitig aufgefangen werden können, z.B. durch eine Aufstockung der Fachstelle für Demokratie und Vielfalt – oder durch (andere) Fördergelder von Land und Bund.

Das Regionale Demokratiezentrum übernahm bis zum 31. Dezember 2024 Tätigkeiten, die die Organisation und Durchführung von Fachveranstaltungen, Fortbildungen und Workshops im Bereich der Demokratie- und Menschenrechtsbildung sowie Extremismusprävention umfassten. Dies geschah mit Hilfe von Fördermitteln des Demokratiezentriums Baden-Württemberg aus Mitteln von „Demokratie leben!“. Die Stelle war in Personalunion mit der Partnerschaft für Demokratie mit 100% Vollzeit ausgestattet. Mit Wegfall der Fördermittel ab 1. Januar 2025 bleibt nur noch die Partnerschaft für Demokratie bestehen, mit voraussichtlich 75% TZ. Damit werden auch weniger Personalressourcen für die Organisation und Durchführung o.g. Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Gegebenenfalls wird der Jugendhilfeausschuss informiert.